

Waffenhandel im Visier der Kirchen

»Während die Menschen leiden, werden Unmengen an Geld für Waffenlieferungen an die sich bekämpfenden Parteien ausgegeben. Und manche der Länder, die diese Waffen liefern, gehören gleichzeitig zu jenen, die vom Frieden reden. Wie kann man jemandem Glauben schenken, der dich mit der rechten Hand streichelt, während er dich mit der linken schlägt?« Immer wieder lehnt Papst Franziskus in deutlichen Worten den internationalen Waffenhandel ab, der die Welt unterdrücke und »am Blut von Männern und Frauen verdient«.

An Ostern 2017 richtete er den folgenden Appell an die Regierenden in aller Welt: »Der auferstandene Herr leite angesichts der vielschichtigen und mitunter dramatischen Geschehnisse bei den Völkern die Schritte derer, die nach Gerechtigkeit und Frieden suchen; er gebe den Verantwortlichen der Nationen den Mut, das Ausweiten der Konflikte zu verhindern und den Waffenhandel zu unterbinden«.

Anders als Papst Franziskus setzen sich die Führungsgremien der beiden großen Kirchen – die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) – zwar (noch) nicht für einen Stopp des Waffenhandels ein, doch sie beanstanden mit deutlichen Worten die aktuelle Praxis der deutschen Rüstungsexportpolitik. Im Folgenden dokumentieren wir ausgewählte Verlautbarungen von kirchlichen Gremien und Organisationen zum Rüstungsexport.

Leib, Leben und Freiheit sind höchste Rechtsgüter

Wichtigste Stimme der kirchlichen Kritik sind die seit 1997 jährlich vorgelegten »Rüstungsexportberichte« der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE). Für die GKKE geht es beim Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern »um die Weitergabe von Gewaltmitteln, Waren

Papst Franziskus bei der Ostermesse 2017
Foto: dpa

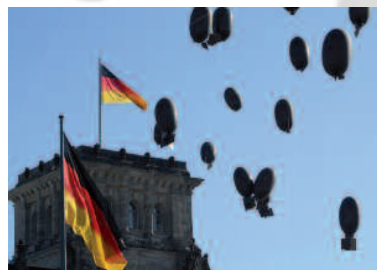


und Leistungen, die unmittelbar oder mittelbar den Tod von Menschen verursachen können. Leib, Leben und Freiheit von Menschen aber sind höchste Rechtsgüter und unterliegen dem Schutz der universalen Menschenrechte. Der Transfer von Waffen ist deshalb grundsätzlich nach denselben ethischen Kriterien wie die Androhung oder Anwendung von Gewalt zu beurteilen. Nur unter speziellen Voraussetzungen und bei extremer Gefahrenlage kann Rüstungstransfer legitim sein. Denn Gewalt ist und bleibt eines der schwersten Übel, das Menschen einander zufügen können.«

Verstoß gegen die Friedenspflicht im Grundgesetz

Das Hirtenwort der deutschen Bischöfe *Gerechter Friede* aus dem Jahr 2000 fordert, »die Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung fortzusetzen und den Handel mit Waffen einzudämmen.

Die EKD-Friedensdenkschrift *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen* stellte im Jahr 2007 fest: »Rüstungsexporte tragen zur Friedensgefährdung bei. In exportierenden Ländern stärken sie eigenständige wirtschaftliche Interessenlagen an Rüstungsproduktion. In den importierenden Ländern können Waffeneinfuhren Konflikte verschärfen.« Die im März 2012 veröffentlichte Erklärung des Diözesanrats Rottenburg-Stuttgart mit dem Titel *Aufstehen für das Leben – Einspruch für die Opfer des Waffenhandels* sieht in der derzeitigen Rüstungsexportpraxis einen Verfassungsbruch. So wird »in der Lieferung von Waffen und Rüstungsmaterialien in politische Spannungsgebiete und an Regime, die Menschenrechte grob verletzen und gewaltsam gegen Oppositionsbewegungen im eigenen Land vorgehen, eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und damit ... [ein] Verstoß gegen die im Grundgesetz verankerte Friedenspflicht (Art 26,1)« gesehen.



Aktion gegen Rüstungsexporte am 26. Februar 2012
Fotos: IPPNW/
Xanthe Hall und
IPPNW/Samantha
Staudte

Denn Hochrüstung und ein unkontrollierter Zufluss an Waffen gefährden den Aufbau dauerhafter Friedensordnungen und bedeuten ein schwerwiegendes Hindernis für die Einleitung von Friedensprozessen. Ebenso kann mit der Anhäufung großer Waffenarsenale die Versuchung wachsen, bestehende Konflikte durch den Einsatz militärischer Mittel gewaltsam zu bewältigen. Die Herstellung und Unterhaltung militärischer Anlagen und der Erwerb von Waffensystemen sind darüber hinaus sehr kostenintensiv und belasten die einzelnen Volkswirtschaften. Sie binden Mittel, die für dringlich wahrzunehmende gesellschaftliche und politische Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen.«

Auslöser dramatischer Fluchtbewegungen

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Baden-Württemberg geht hart mit der aktuellen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ins Gericht: »Vielfach wird die Übernahme von mehr Verantwortung gleichgesetzt mit der Steigerung militärischer Leistungsfähigkeit, dem Ausbau von Rüstungskapazitäten, dem Export von Rüstungsgütern oder der Beteiligung an militärischen Interventionen in Krisengebieten. Nüchterne Bilanzen belegen jedoch, dass keine der militärischen Interventionen in der jüngeren Vergangenheit einen dauerhaften und stabilen Frieden schaffen konnte.

Oft erwiesen sie sich vielmehr als Verstärker der Konflikte und Auslöser dramatischer Fluchtbewegungen.«

Der württembergische evangelische Landesbischof Frank Otfried July kritisierte im Frühjahr 2016 in seinem Bischofsbericht: »Rüstungsgüter zu exportieren, mit denen hier verdient und woanders Häuser und Städte zerstört werden und sich dann wundern, wenn Flüchtlinge kommen, gehört zur Naivität der sogenannten Realpolitik«. Bereits zwei Jahre zuvor, während eines ökumenischen Gottesdienstes in der Stuttgarter Stiftskirche, beklagte der Landesbischof, der Teufelskreis aus Gewalt, Vertreibung und Tod werde durch Waffen aus Deutschland beschleunigt. Das treffe auch besonders viele Christen im Nahen Osten: »Wir wollen eine Friedens- und keine Waffenschmiede sein«.

■ Beschränkung von Waffenexporten

Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter sollen grundsätzlich nicht exportiert werden, ebenso wenig wie Lizenzen für ihre Produktion. Ausnahmen von dieser Regel sind vor der Entscheidung und öffentlich zu begründen. Der Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in Krisengebiete ist konsequent daraufhin zu prüfen, inwieweit durch die Exporte nicht das Risiko rechtloser Gewalt befördert wird.

■ Exportverbot von Kleinwaffen zu militärischen Zwecken

Kleinwaffen sind die ›Massenvernichtungswaffen‹ der Gegenwart. Ihr Export für militärische Zwecke ist zu verbieten und das Verbot effektiv zu kontrollieren. Wir sehen aber auch, dass z. B. die Polizei in anderen Ländern auf eine Ausstattung mit Waffen angewiesen ist. Eine Waffenlieferung für polizeiliche Zwecke ist nur in stabile staatliche Verhältnisse, die nach Grundsätzen demokratisch legitimierter rechtsstaatlicher



Synode verabschiedet Erklärung zu Rüstungsexporten
Foto: Gottfried Stoppel

Kriegswaffen und Rüstungsgüter grundsätzlich nicht exportieren

Im Herbst 2016 beschloss die Synode der Württembergischen Landeskirche folgende Erklärung: »Die Evangelische Landeskirche in Württemberg tritt für gewaltfreies Handeln ein und fördert die Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung entsprechend der Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*. Das bedeutet zum einen Vermeidung oder Verminderung militärischer Gewalt, zum anderen einen Ausbau friedenschaffender und -erhaltender Maßnahmen. Konkret heißt dies:

und effektiver Regierungs- und Verwaltungsführung unter Beachtung der Menschenrechte funktionieren, vorstellbar. Es gibt jedoch kein gesichertes Verfahren, den Endverbleib dieser Waffen zu überwachen.

■ Stärkung von Friedensbildung und Ziviler Konfliktbearbeitung

Ansätze der Friedensbildung, der Friedenspädagogik und die Zivile Konfliktbearbeitung sind in allen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Außenpolitisch sind Instrumente Ziviler Konfliktbearbeitung auch finanziell vorrangig zu unterstützen. Die Überwindung von Kriegs- und Fluchtursachen muss so weit wie möglich mit friedlichen Mitteln erfolgen.«



Margot Käßmann
auf dem Kirchentag
2015 in Stuttgart
Foto: Simon
Bödecker

Keine Geldanlage in rüstungsproduzierende Unternehmen

Bereits 2013 machte die Synode der Badischen Landeskirche folgenden Vorschlag zum Umgang mit Kirchensteuern aus der Produktion und dem Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern: »Viele Gemeinden haben über ihre Gemeindeglieder und Firmenkontakte direkte Beziehungen auch zu Unternehmen, die Rüstungsgüter herstellen. Ein Teil der kirchlichen Einkünfte kommt aus Steuern der dort Beschäftigten. Deshalb besteht eine Verantwortungsgemeinschaft, die weitergestaltet werden muss.« Für die Anlage von Kapitalien hat die Landeskirche bereits folgendes Kriterium aufgestellt: »Die Anlage soll Unternehmen ausschließen, die in Bereichen tätig sind, die wir für ethisch bedenklich halten (zum Beispiel Rüstungsgüterproduktion, Glücksspiel)«. Es solle überprüft werden, »inwieweit Kirchensteuermittel direkt zur Linderung von durch Kriegswaffen entstandener Not« eingesetzt werden können.

Frieden statt Krieg exportieren

Die kirchlichen Hilfswerke MISEREOR und Brot für die Welt, die katholische Friedensbewegung Pax Christi und die Ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben gehören zu den 16 Trägerorganisationen der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«. Die evangelischen Landeskirchen Baden und Hessen-Nassau sowie mehrere Diözesanräte sind Mitglied

im Aktionsbündnis der Kampagne. Mit Aktionen, Dialog und Lobbyarbeit setzt sich der größte zivilgesellschaftliche Zusammenschluss seit 2011 für ein »grundsätzliches Exportverbot von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein«. Bis zum Erreichen dieses Ziels sollen folgende Einzelschritte gegangen werden:

- Kein Export von Rüstungsgütern an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten.
- Exportverbot für Kleinwaffen und Munition.
- Keine Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte.
- Keine Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen.
- Umstellung der Rüstungsindustrie auf nachhaltige zivile Produkte (Rüstungskonversion).

Ganz auf Waffenlieferungen – auch an NATO-Staaten oder befreundete Staaten – will die Reformationsbotschafterin Margot Käßmann verzichten: »Meine ganz persönliche Meinung ist, dass ein Land mit der Vergangenheit wie Deutschland sich nicht dadurch hervortun muss, ›schöne‹ und technisch ausgefeilte Waffen in die ganze Welt zu liefern. Es steht Deutschland gut an zu sagen: Wir exportieren Frieden und nicht Rüstung.«

Redaktion: Paul Russmann, April 2017

- Die *Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten* und eine Zusammenstellung der hier zitierten Quellen finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.
- Einzelexemplare der Broschüre *Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten* (DIN A5, 12 Seiten) erhalten Sie – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben.

**Brot
für die Welt**

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird finanziell aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst gefördert.

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gai.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

Ohne Rüstung Leben ist Träger des Göttinger Friedenspreises 2011.